

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen sowie "Wohlf und Welt". Es ist Substitutions-Organ der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisations- u. a. m. Organe des Reiches. Vertretung: Dr. Wäckerle & Co. Druck- u. Verlagsanstalt Nr. 260/5, 260/7, 260/9. Persönliche Auskunftsstellen mit dem 1 bis 2 Uhr. — Inverlangt eingehenden Manuskripten ist Recht das Redakteur beizubringen

Wegzugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,50 DM. Substitutionsgebühr, insgesamt 2,50 RM., für Abholer mindestens 0,20 RM., Postzusatzpreis 2,20 RM., nach Berlin mindestens 2,70 RM., bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,00 RM. — Einzelgenpreis 15 Pf. im Einzelgen und 80 Pf. im Heftenpreis der Abnehmer. Hauptvertriebsstelle Dr. Wäckerle & Co. Druck- u. Verlagsanstalt Nr. 260/5, 260/7, 260/9. Postfachnummer 27111 Halle

Wo bleibt die Hilfsaktion für die Arbeiter?

Gewerkschaftsführer bei Hindenburg

Leipart schildert dem Reichspräsidenten die Notlage der Arbeitslosen - Die Gewerkschaften gegen Lohnabbau und für Arbeitszeitverkürzung - Die Antwort der Regierungsvertreter

Die Gewerkschaften haben am Donnerstagmittag Gelegenheit genommen, dem Reichspräsidenten über die katastrophale Lage am Arbeitsmarkt zu unterrichten. Dieser Schritt ist Ausdruck der gewerkschaftlichen Aktivität und der gewerkschaftlichen Initiative, die sich an den höchsten Beamten der deutschen Republik wendet, nachdem Versuche beim Arbeitsministerium zu keinem Erfolg geführt haben. Der Reichspräsident hat versprochen, seine und der Regierung volle Kraft für eine Besserung einzusetzen. In dieses Wort Hindenburgs werden sich die Gewerkschaften zu halten haben. Der Schritt der Gewerkschaften muß der Anfang einer Aktion sein, die den Willkür, dem Elend der Arbeitslosigkeit entgegen, Hilfe bringt. Dabei wird man vor Anwendung außer-gewöhnlicher Mittel nicht zurückweichen dürfen. Wie man aber insbesondere an die Frage der Arbeitszeit...

gende Lohnabbau in den meisten Wirtschaftszweigen ein. Im Laufe des vergangenen Jahres haben die Arbeitnehmer ihre Affordlöbne und ihre sonstigen überrationalen Verdienste allmählich ab-sinken. Die Einkommensabzüge, die die Lohnempfänger infolge des Ausfalls an Arbeitsstunden unter Kürzung der Affordlöbne zu tragen haben, übersteigen um ein Vielfaches die Opfer, die man den Festbedienten aufzuerlegen für billig hält. Und nach diesem „kalten Lohnabbau“ begann dann der Angriff der Unternehmer auf die Tarif-löhne, dem die Reichsregierung ihre Unter-stützung leistete und den die Arbeitnehmer als große Ungerechtigkeit empfinden. Bis jetzt wurde dieser zweite Lohnabbau für rund 3 Millionen durch-gesetzt. In den nächsten Monaten liegen aber neue gewaltige Tarifbewegungen in den verschiedenen Berufen bevor, und die Arbeitnehmer haben das Gefühl, daß sie bei diesen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, bei diesem

zumbuch das Wort, der die Unmöglichkeit bar-lege, der Landwirtschaft jetzt durch Zoll-erhöhungen und ähnliche Maßnahmen eine Geßälligkeit zu erweisen, die zur Folge haben muß, daß die Lage der Arbeitslosen und der Arbeitnehmer durch Verteuerung der Lebenshaltung noch weiter verschlechtert wird. Das Ausland würde sicherlich auf Gegenmaßnahmen greifen, wodurch der Export von Industrieerzeugnissen geschädigt und die Zahl der Arbeitslosen noch weiter vermehrt werden müßte. Sechß sprach über die Gefährdung der Angestelltenversicherung.

weilste nur eine Verfürgung der Arbeits-zeit übrig. Im Verlauf der Unterredungen gaben der Reichspräsident Dr. Brüning und der Reichsarbeits-minister Stegerwald wichtige Erklärungen ab. Stegerwald erklärte, er würde an dem Kern der Tarifverträge, an dem Kern des Schlichtungs-wesens und an dem Kern der Sozialversicherung während seiner Amtszeit nicht rütteln lassen. Aber es gebe auf diesem Gebiet noch eine Anzahl Infla-tionserscheinungen und eine Anzahl Unausgeglichen-heiten, die noch beseitigt werden müßten und wo die Gewerkschaften auch noch Möglichkeiten machen könnten. Den Vertretern der Arbeitgeber, die in den letzten Tagen von ihm verlangt hätten, das

Der Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenverbände wohnten u. a. der Reichspräsident Dr. Brüning und der Reichsarbeitsminister Stegerwald bei. Der Führer der Gewerkschafts-delegation, Theodor Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wies im Namen von 7 Millionen organisierten Arbeitern und Angestellten und im Namen von 12 Millionen Arbeitnehmern, die unter die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge fallen, auf die katastrophale Entwicklung der Arbeits-märkte hin. 5 Millionen Arbeitslose seien es, die durch die gewerkschaftliche Delegation die Hilfe des Reichspräsidenten anrufen.

Generalangriff auf ihre Löhne und Gehälter, auf die Lebenshaltung ihrer Familien nicht den Schutz der staatlichen Macht finden, auf den sie glauben, wie alle anderen Berufsständen, berechtigten Anspruch zu haben.“

Auf Grund einer Zwischenbemerkung des Reichspräsidenten nahm Leipart Gelegenheit, sich über die

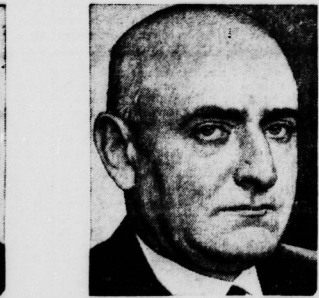
kaufliche Schlichtungswesen wenigstens vorüber-gend zu suspendieren,

Leipart führte aus: Besonders verzeißelt sieht es unter der Ar-beitnehmerchaft in C h i p r e u g e n und B o m-mern aus, wo Ende Januar 48 bis 49 Prozent unserer Mitglieder arbeitslos waren. Nicht viel besser ist die Beschäftigung in Schlesien, Sachsen und Mitteldeutschland. Nicht nur die Bau-berufe weisen eine noch nicht dagelegene Arbeits-losigkeit von 70 bis 80 Prozent auf, sondern auch in vielen Industriezweigen gibt es heutzutage mehr Arbeitslose als Beschäftigte. In der Tabakindu-strie waren Ende Januar 88,8 Prozent arbeitslos und weitere 18,6 Prozent arbeiteten verfürzt. In der Textilindustrie sind nur 33,1 Prozent noch voll be-schäftigt, im Holzgewerbe 35,5 Prozent, unter den Schuhmachern nur noch ganze 12,7 Prozent. Ich darf, Herr Reichspräsident, in einem kurzen Wort darauf hinweisen, welche

Nach der Rede Leiparts erteilte der Reichsprä-sident dem Vertreter der christlichen Gewerkschaften

Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung auszusprechen. Er verwies darauf, daß durch die generelle Vermehrung des Angebots der Mensch-lichen und der menschlichen Arbeitskräfte die Lage sich gegenüber der Zeit, als der Achtstundentag zum Gesetz erhoben wurde, ganz gewaltig geändert hat. Es sei eine gewaltige Verteuerung des ganzen Volkes erforderlich, um die Waren zu verbrauchen, die mit den so vermehrten Produktivkräften erzeugt werden können. Diesen Reichtum des Volkes würde aber niemand der Anwesenden erleben. Wollte man alle Arbeitslosen wieder beschäftigen, dann

haben er geantwortet, daß er das entschieden ab-gehe. Reichspräsident Brüning führte aus, daß die Regierung die heutigen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern von sich aus weiter fortsetzen werde. Er wolle aber heute schon gesamt-vertretenden Mitteilungen in der Zeitung mitteilen, daß die Ermäßigungen, die die Regierung in dem neuen agrarpolitischen Gesetzentwurf vom Reichstag verlangen, nicht in Betracht sei, daß die Regierung nun sofort Jollerhöhungen durch-zuführen beabsichtige; vielmehr solle jede eventuelle Jollerhöhung davon abhängig sein, daß die Land-wirtschaft zuvor gewisse Bedingun-gen auf dem Gebiet der Selbsthilfe erfülle, z. B. auf dem Gebiet der Rationalisierung, der Stand-dardisierung, der Verkaufsorganisation durch Aus-bau des Genossenschaftswesens usw. Der Reichs-ernährungsminister habe erklärt, daß er der Land-wirtschaft für die Durchführung dieser Selbsthilfe-maßnahmen bestimmte Ermächtigungen erteile und erst nach Erfüllung dieser Bedingungen werde die Regierung sich bereit erklaren, von der Ermächtig-ung evtl. Gebrauch zu machen.



Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Zumbuch, Führer der christlichen Gewerkschaften Gewerkschaftsbundes.

Der Reichspräsident schloß die Unter-redung mit dem Bemerkung, daß er die Sache der Gewerkschaften teile, daß er gewiß nun wolle, was in seinen Kräften liege, zu helfen, und daß er glaube, daß auch die Resolu-tion ihrerseits das Notwendige und Mögliche gleich-falls tun werde. Man dürfe aber den Mut nicht verlieren!

Gefahr für Staat und Gesellschaft

sich hier entwickelt hat und sich immer weiter ver-gößern wird, wenn man der Arbeitslosigkeit nicht endlich steuert. Es besteht auch eine große Gefahr für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, obwohl sich diese mit Qualitätsarbeit der ausländischen Konkurrenz gegenüber behaupten kann. Es ist aber klar, daß der Arbeiter, der während der der Aus-bildung seines Berufes geschädigt ist, seine Berufs-fähigkeit und Berufstüchtigkeit und damit auch natürlich die Eignung zum Qualitäts-arbeiter verlieren muß. Und wie ist nun die

Halle und Naumburg im Mittelpunkt

Der Deutschnationale Fälscher und Querulant Moritz-Zarnow Kutner brandmarkt die Falschjustiz

Wichtige Lage der Arbeitslosen? Nur ein Drittel von ihnen erhält noch in vollem Umfang die Unterstützung aus der Arbeitslosen-versicherung, über Drittel sind angesichts der tanzen Panzer ihrer Arbeitslosigkeit anscheinend und auf die dazwischen liegenden und Wohlstandsfürsorge an-gewiesen. Schon Anfang 1930 sollte der Fälschwert

Der Landtag begann am Donnerstag die all-gemeine Justisdebatte, die er am Freitag zu Ende führen wird. In ihrem Mittelpunkt stand noch immer die bekannte Schmahschrift von Moritz-Zarnow, die „Gefälschte Justiz“. Wegen seiner offenen Ablage an das verlesenerische Nachwerk ist bekanntlich der deutschnationale Abgeordnete Zarnow aus dem Reichstag zum Mandatsverzicht ge-zwungen worden. Aber heute sprach für die Deutschnationalen nicht wie angekündigt, Deere-burg extremer Widerfächer, Herr Zarnow, son-dern der alte Geheimrat Weiermann, der mit ver-schiedenen Worten den Zweifeln zwischen dem deut-schnationalen Agitationsbedürfnis und dem Wissen um

die Wahrheit der erhobenen Vorwürfe wegzuwiechen-ludte. Viel half das den Deutschnationalen nicht. Ge-nelle Kutner er gedachte den Moritz-Zarnow un-geschminkt. Wie er bei allen Rechtsparteien Mit-glied war und gleichzeitig sozialdemokratischer Funk-tionär zu sein versuchte und Mitarbeiter der „Koten Fälscher“ wurde. Moritz ist nicht das Abbild einer geschlossenen und charakteristischen Persönlichkeit, und er wußte genau, warum er sich hinter dem Pseudonym Zar-now verbarg, bis ich die Waise gelistet habe. Das ist Herr Moritz politisch: moralisch hat das Schloßen der Herr Moritz-Zarnow bereits im Jahre 1924 in rechtstötigen Brief festgestellt, daß Moritz

Querulant und obstinater Redner ist. Er sollte sich damals in der Universitätsstadt Halle auf seinen Seilteszustand unterrichten lassen, hat sich aber geweigert; er ist insofern in einer gundlichen Lage als der nationalsozialistische Land-tagsgewerkschafter Herr, dem die Universitätsstadt in Halle die Gesellschaftsrechte beschnitten hat. Große Beiseitigkeit, Abgeordneter Zarnow: Da ist noch ein republikanischer Professor? Erneute schallende Beiseitigkeit! Herr Abgeordneter Zarnow, Sie haben persönlich am wichtigsten das Recht zu protestieren, wenn ich behaupte, daß die Deutschnationalen einen Deereburg den Fälscher und Querulant, dem Pseudonymen Querulant Moritz gepoppt haben. (Lobhafte Zu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



Einigung links und in der Mitte.) Nach einem Wort des Marburger Professors Streifmar ist es an der Zeit, daß die deutsche Politik sich nicht länger den Widerspruch terrorisieren läßt, sondern sie wieder nach Gebühr zum Gegenstand gründlicher Untersuchung macht. (Zusammenfassung: Streier, geht nicht nach Kalle!)

An Einzelheiten führte Abg. Rüttner folgende an: Herr Dr. Weigert hat hier wieder über unsere Verfassungsgeschichte, über unsere ganze Verfassungsfrage geurteilt. Aber wenn Herr Landratsdirektor Siegert wiederum überurteilt, wie war das Echo bei den Deutschen? Ist doch bereits im Vorjahre die Zeitung mit der Überschrift „Auftrag und „Mantel““ über Weigert, Abg. Weigert: Das ist einmal; die andere es immer! Einmal? Die war es doch als Weigert, Abg. Siegel, Groß, Freytag über das: Soll ich Ihnen Dinge über die Verfassung über die Urteile im Rheinprovinzprozess vortragen? (Zurück! links.) Das Auftragsgesetz und unsere Politik, freilich unterschiedlich, sind in einem; die sagen: „Ich weiß es zwar nicht, aber es kommt mir sehr in den Sinn“ (Groß, Heister). Und wielegen unsere Kritik (Zurück für Kritik mit Lachen. (Lebhafter Zusammenstoß links.)

Deutsche Großkapitalisten als Sowjetgäste

Landvolk gegen Hunger- und Obstruktionspolitik

Zu Beginn der Reichstagsession am Donnerstag den 14. Dezember hatten die Landvolk- und Bauernvereine im Reichstag eine große Kundgebung abgehalten, um gegen die Hunger- und Obstruktionspolitik der Regierung zu protestieren. Die Landvolk- und Bauernvereine haben sich in einer Kundgebung im Reichstag über die Hunger- und Obstruktionspolitik der Regierung ausgesprochen. Die Landvolk- und Bauernvereine haben sich in einer Kundgebung im Reichstag über die Hunger- und Obstruktionspolitik der Regierung ausgesprochen.

Zweifelhafte Antwort Braun's

Reaktion auf ein Postingschreiben?

Einige nationalsozialistische Landtagsabgeordnete haben in einer kleinen Anrede, „von dem abgelehnten“ (Zurück!) gehört zu haben, die Reichstagspräsident Dr. Brüning habe sich an die Regierung geäußert, Bayern und Sachsen mit der Aufforderung verbunden, in ein Direktorium einzutreten, um „unter Aufsicht der Reichsregierung“ des Reichs und der Länder den Reichstag für ein Jahr auszuschließen und die Landesparlamente für ein Jahr zu unterstellen.“ Das Staatsministerium wurde gefragt, inwieweit der Reichspräsident sich an solchen Verhandlungen beteiligt habe, ferner ob das Staatsministerium bereit sei, die beschriebene Verfassung geben lassen Staatsrecht zu schützen.

Zeit der Beratung im Hauptsaal sind noch keine 14 Tage vergangen, und schon wieder muß ich lauter neues Material vortragen. Die Antworten des Ministers auf unsere Fragen sind aber nicht nur nicht befriedigend, im Zweifelhaften Fall hat er uns mitgeteilt, daß die Strafe der vollständigen Nationalsozialisten in der Verfassungslage eine jede Begründung nach 10 Monaten auf 3 Monate verlängert werden darf. In dem Reichstag jeder Begründung liegt einfach eine Fristverlängerung vor.

politischen Parteien im Reichstag. Die Parteien müssen wir vortragen, bis er sagt, daß die Parteien nicht sind? (Zurück! für die D. Z.) In der Zeit erwidert immer wieder die Hand von Nationalsozialisten zum Teil als Angekante, zum Teil als Partei von Reich und immer höher ist frei. Wann endlich werden die Parteien erkennen, daß die ganze Sache unglücklich ist? Im Fall des Theologiestudenten Geisler hat tatsächlich das Gericht das Urteil mildernd damit begründet, man könne dem Theologiestudenten nicht antworten, daß er mit einem Theologiestudenten habe und daß er mit dem Reichstag den Gesamtplan treffen habe, sei noch nur zur Verteidigung gefahren. (Heister) und Weigert.

Dr. Hermann Diamand + Schwere Verluste für die Deutsche Sozialdemokratie und die Internationale

Der polnische Sozialistenführer Dr. Hermann Diamand ist am Donnerstag kurz vor Schluß des 71. Jahreskongresses in Warschau gestorben. Er war ein führender Kopf der polnischen Sozialdemokratie und hatte großen Einfluß auf die Entwicklung der polnischen Arbeiterbewegung. Sein Tod ist ein schwerer Verlust für die deutsche Sozialdemokratie und die Internationale.

Nationalsozialisten auf dem Reichstag gefordert, nicht, nicht. Er sprach von einem erbaulich-wichtigen Dietarandum. Die Rettung der Landwirtschaft könne nicht aus tausenden Volksversammlungen kommen. Man könne der Landwirtschaft auch nicht dadurch helfen, daß man sich mit den Nationalsozialisten einigt.

Sozialdemokratie für Fleischverbilligung.

Im Laufe der Sitzung von Geierleis. Am Landtagspolitischen Ausschuss des Reichstages wurde am Donnerstag mit 11 gegen 8 Stimmen der sozialdemokratische Antrag angenommen, wonach ab 1. März zur Verjüngung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch wird ein Kontingent von 50.000 Tonnen Geierleis jährlich zur freien Einfuhr zugelassen wird. § 12 des Fleischbeschgesetzes soll für dieses Kontingent aufgehoben werden. In die Durchführungsbestimmungen sollen besondere Sicherungen aufgenommen werden, daß das Geierleis auf dem Wege zum Importeur zum Verbraucher nicht ungeschädigt verkehrt wird. Die Durchführungsbestimmungen sollen daher eine planmäßige Beobachtung und wirksame Kontrolle der Preisgestaltung, sowohl beim Großhandel als auch im Kleinhandel enthalten.

Kommun helfen den Arbeiterfeinden.

Brandenburg, 26. Februar. (Eig. Draht.) Nun für die am Sonntag stattfindenden Brandenburger Kommunalwahlen hat die SPD Parteiführer eine Resolution erlassen, die die Kommunisten zu einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten auffordert. Die Resolution enthält die Forderung, daß die Kommunisten bei den Kommunalwahlen eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten eingehen sollen.

Dr. Hermann Diamand + Schwere Verluste für die Deutsche Sozialdemokratie und die Internationale

Der polnische Sozialistenführer Dr. Hermann Diamand ist am Donnerstag kurz vor Schluß des 71. Jahreskongresses in Warschau gestorben. Er war ein führender Kopf der polnischen Sozialdemokratie und hatte großen Einfluß auf die Entwicklung der polnischen Arbeiterbewegung. Sein Tod ist ein schwerer Verlust für die deutsche Sozialdemokratie und die Internationale.

Australien drückt Notgeld.

Die Banken gegen die Arbeiterregierung. Nachdem alle Anleiheversuche der australischen Regierung an dem Widerstand der Banken gescheitert sind, hat nunmehr die australische Bundesregierung mit Zustimmung der Zentralregierung die Genehmigung gegeben, für 20 Millionen Pfund Sterling Notgeld zu drucken. Von dieser Summe werden 12 Millionen Pfund zur Vermeidung der Inflation verwendet. Der Rest wird zur Finanzierung des öffentlichen Dienstes verwendet.

Neuer Nazifandal in Braunschweig.

Polizeibeamte dürfen keine parteipolitischen Protokolle geben. Der Druck, den Franzosen Parteifreunde auf die Braunschweiger Polizei ausüben, hat zu ungeheuerlichen Forderungen geführt. Ein Polizeibeamter hatte ein Protokoll aufgenommen, in dem es heißt, daß ein Nationalsozialist einen Postkammermann während des letzten Jahres des Regimes mit einem Koffer geflohen habe. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Jörner ließ sich den Polizeibericht vorlegen und forderte von dem Postkammermann, daß aus dem Worte „Nationalsozialist“ das Wort „eine Person“ gemacht werde. Der Beamte weigerte sich, in dem Protokoll etwas zu ändern. Darauf setzte sich Jörner mit dem vorgelegten Beamten in Verbindung, der dann anordnete, daß die Änderung zu geschehen habe.

Politisch-bitteres Drama.

Aufführung in der Berliner Volksbühne. Es ist nicht die nur die Jahresthemenkommission, sondern auch gerade heute die revolutionäre Bewegung in Deutschland, die den dramatischen Charakter der Arbeiterbewegung in sich trägt. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in einem unvorhergesehenen Maße entwickelt. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in einem unvorhergesehenen Maße entwickelt.

Indische Bajadere in Europa.

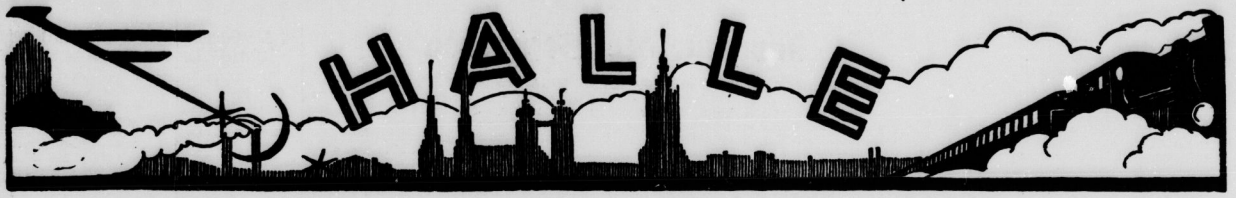
Die Tänzerin Renala. Die Hauptdarstellerin des indischen Dramas, die Tänzerin Renala, hat in Europa großen Erfolg erzielt. Ihre Aufführungen sind überall mit großem Interesse verfolgt worden. Renala ist eine talentvolle Tänzerin, die ihre Kunst mit großer Leidenschaft aufbringt.

Stadt.

Rechtswissenschaftler sind im Lae erreicht. Es sind am 12. März um 10 Uhr in der Stadt erreicht. Die Rechtswissenschaftler sind im Lae erreicht. Es sind am 12. März um 10 Uhr in der Stadt erreicht.

Neuerwerbungen der Städtischen Bücherei Dallmarf.

Die Bücherei hat in den letzten Monaten eine große Anzahl neuer Bücher erworben. Die Bücher betreffen verschiedene Gebiete der Wissenschaft und der Kunst. Die Bücherei hat in den letzten Monaten eine große Anzahl neuer Bücher erworben.



3x3=10.
Zum Einzelverkaufsverbot für Zigaretten.

Die offizielle Premiere für „3x3=10“ feiert am 1. März. Die Käufer, die in den letzten Wochen große Vorräte an Zigaretten gehandelt haben, können diese jetzt noch bis zum 1. März fortsetzen. Das Reichsinnenministerium hat nämlich die Schlichter mit für den Verkauf von Zigaretten mit alten Vandalen auf den 1. März beschlossen. Zigarettenpackungen, die mit alten Vandalen versehen sind, dürfen nach dem 1. März nur noch geschlüsselt verkauft werden.

Der Einzelverkauf an Zigaretten ist nur noch bis 31. Februar gestattet. Vom 1. März ab dürfen nur noch die gewöhnlichen Zigaretten in ihren Packungen abgesetzt werden. Die Zigarettenhändler dürfen in ihrem Laden keine offenen Schächelchen dem Publikum vorzeigen. In dieser Beziehung wird es keine Veränderung mehr geben.

Keine Betragszenzuren in den Fortbildungsschulen

In Bremen das nebenbei bemerkt so arg gehalten wird) sind nach einer Verfügung des zuständigen Ministers die Zenzuren für Betragen, Aufmerksamkeiten und Fleiß zulässig nicht mehr zu erteilen, da sie als wertlos und durchaus nicht erspöcklich für die tatsächliche Bildung eines Schülers erkannt sind.

Kommunistische Schwindelstreiche vom „Klassenkampf“

Der zweite Mann kommt zur KPD. Das schreibt in Leipzig gedruckt, für Halle zuständig KPD-Wart und verknüpft prahlerisch, sozialdemokratische Arbeiter listen der „Klassenkämpferpartei“ maßlosweise zu. Wenige Seiten weiter unten heißt es aber „Reinigung der Partei“.

Der Aufstieg der freien Gewerkschaften

wird am kommenden Sonntag, dem 1. März, abends 8 Uhr, in der Aula der Hochschule gegen zwei Berufsbildungsverbände, nämlich den Ausschuss für die Arbeiterklasse und den lokalen Ausschuss der Arbeiterklasse, von der Gewerkschaft der Buchdrucker, Buchhändler, Lithographen und Photographen, abgehalten werden.

Halle Gemeindefinanzen 1931

Starker Rückgang der Steuereingänge - Die Deckung des Finanzbedarfs durch Scharfe Kämpfe um Steuern und soziale Aufgaben der Gemeinde stehen bevor

Halle, den 27. Februar.

Auf die Schwierigkeiten, die übernommen werden mußten, um den Sparetat der Stadt Halle ins Gleichgewicht zu bringen, haben wir bereits hingewiesen. Durch die Einschränkung der Steuererträge der Gemeinden ergibt sich, wenn man die Dinge nüchtern an objektiv blickt, tatsächlich zur Zeit nur die neue Einführung der Grundsteuer und die Berufsaufhebung der Bier- und Bürgersteuer. Andere ergiebige Steuerquellen stehen nicht zur Verfügung.

In zwei Klassen haben wir bereits dargestellt, auf welche rückständigste Weise die Ausgaben des Haushaltsbuches zusammengegriffen worden ist und wie sich in den letzten Jahren die jährlichen Finanzen gestaltet haben. Heute soll zum Abschluß dem Steuerzahler unterbreitet werden, was für Abgaben ihm gegenüber bestehen, d. h. wie die Deckung des Finanzbedarfs durch Steuern und Abgaben geschieht.

Die in der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 hinführen vom 1. April 1931 an zu höheren Realsteuern erhoben werden, als die bis zum Ende vergangenen Jahres rechtlich festgeschrieben sind.

Bei dem bisherigen Rückgang von 37 1/2 Prozent bei der Grundsteuer wird für 1931 eine voraussichtliche Einnahme von 4.320.000 Mk. erwartet. Die Einnahmen aus der Lohnsummensteuer hingegen werden im kommenden Jahre wesentlich geringer sein.

Bei der Vergünstigungssteuer ist die überraschende Feststellung zu machen, daß die Einnahmen hinter dem Voranschlag für 1930 nicht zurückbleiben und der Anlag von 480.000 Mk. voraussichtlich erreicht werden wird.

Aus der Schanteraubensteuer erwartet man 40.000 und aus den Betriebsausgabenstellen der Reichsbahn und Reichspost 50.000 Mk. Durch den Einnahmesturz bei Reich und Staat wird sich der Anteil der Stadt Halle an Ueberweisungen aus der Einkommensteuer auf 2.982.000 und bei der Körperschaftsteuer auf 336.500 Mk. erniedrigen.

Die Beteiligung der Wehrgamts an Finanzbedarf der Stadt ist durch Betrag abgesetzt. Die Ausgaben für 1931 werden voraussichtlich 5.240.000, gegenüber dem Voranschlag von 6.120.000 Mk. betragen. Die Wehrgamts bei dem Voranschlag für 1931 führt sich ausschließlich auf die am 1. April 1931 erfolgte Übernahme des Reichsbetriebs durch die Wehrgamts zurück. Weitere Einnahmeüberschüsse sind nicht zu erwarten, da die Einnahme der Wehrgamts durch die Abnahme der Beschäftigten eine umfangreiche Preisänderung ausbleibt.

Nachdem die Realsteuern durch die bereits erwähnte Notverordnung nach oben fest abgegrenzt worden sind, stehen obliegende Einnahme nur noch die neu erschlossenen Einnahmequellen, also die Bürger-, Gemeindegetränke- und Biersteuer zur Verfügung. Bei der Biersteuer ist nur noch eine Verdoppelung der bisher in Halle zur Erhebung gekommenen Säze möglich.

Verdoppelung der Biersteuer Gebrauch gemacht werden. Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 22. September 1930, die Biersteuer mit denjenigen Säzen nur bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1930 zu erheben, ist durch die Notverordnung gegenstandslos geworden.

Die Steuerermäßigung sich für Personen, die einkommensteuerfrei sind, auf 6 RM. jährlich, für die Ehefrau auf den Hälftebetrag der Steuern für den Ehegatten. Steuerfrei sind u. a. die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsunterstützung, Renten in laufender öffentlicher Fürsorge (insbesondere die Rentnerinnen) Sozialrentner mit einem Jahreseinkommen bis 900 RM. und Zulagenrentenempfänger.

Die Werbefilme der SPD.

würden zum ersten Male auch in Halle gezeigt am kommenden Sonntag vorm. 11 Uhr in der Film-Matinee des Volksbath in „Thalia“.

Sicher! Euch Karten! Die Nachfrage ist groß! Hausbahnplan heißt es darüber, die finanziellen Verhältnisse der Stadt hätten sich seit den letzten Erörterungen über die Gemeindegetränkesteuer im September 1930 so gewandelt, daß es unzulässig auf diese Steuerquellen in der Budgetveranschlagung zu rechnen sei.

Triumph der Rückständigkeit

Die Müllgruben gerettet

In Halle wird es weiter stinken - Bürgerblock und KPD. wollen es so!

Halle, den 27. Februar. Um das durch den Rückgang der eigenen Steuereinnahmen und der aus der Reichsfläche fließenden Ueberweisungen in Stadtadel entfallende Defizit zu decken, will der Magistrat bekanntlich die Biersteuer und die Bürgersteuer verdoppeln und die Gemeindegetränkesteuer neu einführen.

In Veranlassung dieses Bündnisses des Magistrats befiehlt sich der Hausbahnsauschuss der Stadtverordnetenversammlung bereits in feierlicher Sitzung mit dem Beschluß, sich nicht beteiligen an ein solches Bündnis, das sich nicht beteiligen wird.

fonds entnommen werden, während der verbleibende Rest von 12 Millionen Mark aus der Bürgersteuer aufgebracht werden soll. Unter Berücksichtigung der durch die Notverordnung vorgenommenen Steuerveränderungen und der durch die Notverordnung vorgenommenen Steuerveränderungen wird die Steuerermäßigung die Jahreseinnahme von 600.000 Mk. bringen. Um einen Betrag von 1.200.000 Mk. aufzubringen, soll mittels einer

Verdoppelung der Bürgersteuer

Table with 4 columns: Steuerart, Betrag, prozentualer Anteil, etc.

Die Steuerermäßigung sich für Personen, die einkommensteuerfrei sind, auf 6 RM. jährlich, für die Ehefrau auf den Hälftebetrag der Steuern für den Ehegatten. Steuerfrei sind u. a. die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsunterstützung, Renten in laufender öffentlicher Fürsorge (insbesondere die Rentnerinnen) Sozialrentner mit einem Jahreseinkommen bis 900 RM. und Zulagenrentenempfänger.

Jedenfalls ersehen unsere Leser, vorwiegend ungeliebte Schwierigkeiten unsere Stadtverordneten bei der diesjährigen Haushaltsplanung stehen, welche Anstrengungen notwendig sind werden, um einerseits die Unterhaltungsbedürfnisse vor dem Allermöglichen zu bewahren, andererseits aber auch die Steuerlasten nach dem Prinzip der Gerechtigkeit zu verteilen. Die Opfer der Wirtschaftskrisis mögen aber verkraftet sein, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten kein Mittel unversucht lassen werden, die Steuern, die einer stetigen Wohlstands- und Erwerbslosenvermehrung drohen, nach Kräften abzumehren.

Dann kam die Beratung der Müllabfuhr an die Reihe. Der Referent beantragte, sofort die Erteilung der Abfuhrbewilligung zu beantragen, ohne an die Eingekleitheit der Magistratsvorläufe zu gehen. Er führte noch einmal alle Argumente für die Einführung der Müllabfuhr an, besonders die Notwendigkeit und die Wirtschaftlichkeit, den Betrieb durch den Anschlag sämtlicher Grundbesitzer rentabel zu gestalten.

Annahmestelle überbürdeter Abw. das ist ja nun nicht möglich. Sollten Umweltschutz der Überbürdeter, als er notwendig eine Reibungsverdringung zu erlauben, nach der die Müllgruben zu verwenden hätten, jeder Bürgerblock sollte sich keine Mühen machen zu lassen und wie er wollte, er konnte sie abfahren lassen von wo und wann er wollte. Allerdings dürfte keine Mühen auf den Boden liegen, sondern nur beschränkt, da die abgemessene beherrschende Zustand mußte beibehalten werden. Es würde sich bei

Bereins-Kalender

Der Ortsverein der SPD, sozialistischer Frauen- u. Jugendgruppen im Bezirk Halle-Verbitz...

Halle

Franausstellung. Am Dienstag, den 3. März, 20 Uhr...

Mitteilungsgemeinschaft der Frauen im 4. Ortsbezirk. Die Arbeitsgemeinschaft...

SW Gruppe Süd. Freitag, 27. Febr. 20 Uhr...

Wanderer treffen sich Sonntag, den 1. März, 14 Uhr...

Böhmische Arbeiterfreunde. Sonntag, 2. März...

Reli- und Jungfrauen. Sonntag, 1. März...

Aus dem Bezirk. Freitag, den 27. Februar, abends 8 Uhr...

Cordeho. Freitag, den 27. Febr. 20 Uhr...

Grünewalde. Freitag, 27. Febr. abends 7 Uhr...

Östliche-Schweitzer. Sonntag, den 28. Februar...

Wohlfahrt. Sonntag, den 28. Februar...

Leuchthammer. Sonntag, den 28. Februar...

Schleibach (Rüßbüchel). Sonntag, den 28. Februar...

Werfberger- u. Frauengruppe. Montag, den 2. März...

Leuchthammer. Sonntag, den 28. Februar...

Gemeindevertreterkonferenz. Sonntag, den 9. März...

Achtung! Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Sie bekommen auch in den Nebenstraßen...

Stadttheater

Freitag, 20 - 22 1/2 Uhr: Troiljagd

Sonnabend, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 0 - 2 1/2 Uhr: Troiljagd

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Stadttheater

Freitag, 20 - 22 1/2 Uhr: Troiljagd

Sonnabend, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 0 - 2 1/2 Uhr: Troiljagd

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Sonntag, 10 - 12 1/2 Uhr: Schillerrevue

Hans Stüwe & Fritz Kortner in 'Giftgas' Die bekannten Filmschauspieler sind die Hauptdarsteller...

Öfen Fabrikat Esch & Co. Mabay-Grudeherde Demmer-Herde für Gas u. Kohle...

Zur Konfirmation! 36,39 40,42 Rindbox Herren-Schuhrstel...

SPARE BEI S & F Sonder-Angebot! Eine Woche billige Nudeln mit Dörrobst...

Konsum-Verein Gemeinde u. Umgeg. Generalversammlung Tagesordnung: 1. Bericht...

Sonnabend erhält jeder Käufer für jedes 1/2 Pfund Mokka-Butter 82...

Schlafzimmer 1050- 920- 810- 750- 680- 550- 350-...

Warum wollen Sie für fachmännisch genau geprüfte Schweizer Qualitäts-Uhren bis 50% mehr bezahlen...